



tyler



CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

Bodo Löttgen MdL

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Telefon: 0211 884-2555

Telefax: 0211 884-2367

E-Mail: bodo.loettgen@landtag.nrw.de

www.cdu-fraktion.nrw

Rhein-Kreis Neuss
Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

*WW Bundesparl
- Info des Staatsrat*

9 . Februar 2022

19.2.

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. Januar 2022, in dem Sie auf den von der neuen Bundesregierung angestrebten beschleunigten Kohleausstieg und die Auswirkungen auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier eingehen und den entsprechenden Appell des Kreistags des Rhein-Kreis-Neuss übermitteln.

Der mit den Empfehlungen der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" eingeleitete und durch den Bund legislativ umgesetzte Prozess des Kohleausstiegs ist klimapolitisch notwendig, stellt jedoch die Menschen, die Kommunen und die Wertschöpfungsnetzwerke im Rheinischen Revier vor erhebliche Herausforderungen. Mit der legislativen Entscheidung zur Beendigung der Kohleverstromung sind die Voraussetzungen geschaffen worden, einen gesellschaftlichen Großkonflikt in Deutschland zu befrieden. Nordrhein-Westfalen geht beim Kohleausstieg in Deutschland voran und reduziert bis zum Ende des Jahrzehnts rund Zweidrittel der stillzulegenden Braunkohlekraftwerksleistung. Für die NRW-Koalition aus CDU und FDP war gleichwohl stets klar, dass der Kohleausstieg nur mit Akzeptanz vor Ort gelingen kann und dafür die Menschen mitgenommen werden müssen.

Auf Bundesebene haben sich die politischen Mehrheitsverhältnisse dahingehend verändert, dass politisch ein zusätzlich beschleunigter Kohleausstieg für geboten erachtet wird. Jedoch folgt aus den ambitionierteren nationalen Klimaschutzziele und den Sektorvorgaben aus dem Bundesklimaschutzgesetz sowie aus den Klimazielen des European Green Deal die sachliche Notwendigkeit, weitere Emissionen in der Energiewirtschaft zu reduzieren.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalen zu einem beschleunigten Kohleausstieg bereit ist – solange eine sichere und wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung gewährleistet ist. Die regierungstragenden Fraktionen unterstützen diese Konditionalität, da ein schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien, der Netze und der Speicher sowie gesicherter Leistung zwingend notwendig ist. Versorgungssicherheit ist für das Industrieland Nordrhein-Westfalen essenziell; das Rheinische Revier hat dabei die Chance, zur Modellregion der Zukunft für die Energieversorgung von morgen und die klimaneutrale Industrie zu werden.

Entscheidend darüber hinaus ist für uns, dass die Menschen und die Region Klarheit bekommen. Der erste Überprüfungsschritt des Kohleausstiegs im Jahr 2022 kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Schaffung von neuen, zukunftsorientierten Arbeitsplätzen in der Region erhält vor dem Hintergrund einer zusätzlichen Beschleunigung beim Ausstieg und dem Anspruch eines präventiven Strukturwandels weitere Bedeutung. Die Studie der IW Consult zu den Arbeitsplatzeffekten der eingesetzten Strukturmittel liest sich vor diesem Hintergrund ermutigend: bis 2038 können 27.000 neue Arbeitsplätze in der Region entstehen.

Auf Landesebene wurden bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen und umgesetzt, um dem Anspruch eines präventiven Strukturwandels gerecht zu werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat das Entlastungspaket für die Anrainerkommunen auf den Weg gebracht, erste Starter-Projekte sind in der Umsetzung und das Regelprogramm REVIER.GESTALTEN wurde gestartet. Qualifizierungsprozesse brauchen ihre Zeit, dennoch halten wir das Sterneverfahren für adäquat, um das Wirtschafts- und Strukturprogramm Rheinisches Zukunftsrevier umzusetzen – zumal mit dem Verfahren eine zentrale Forderung aus der Region nach einem regionalen Gütesiegel implementiert wird.

Gerne möchte ich in diesem Kontext aus einem Bericht der Landesregierung zitieren: “Aktuell liegt die Anzahl der Projekte nach Kapitel 1 des Investitionsgesetzes Kohleregionen, die Nordrhein-Westfalen zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Bund gemeldet hat, bei 34. Die förderfähigen Investitionskosten dieser Projekte betragen insgesamt rd. 1,2 Mrd. Euro. Aus den Förderverfahren wurden bisher 46 innovative Projekte mit einem Volumen von rd. 267 Mio. Euro bewilligt. Bis Ende des Jahres können 64 weitere Vorhaben mit einem Budget von rd. 4,2 Mrd. Euro hinzukommen. 2022 wird ein Jahr der beschleunigten Umsetzung im Rheinischen Revier.“

Zentral sind zwei Verhandlungserfolge der Landesregierung. Sie hat sowohl beim Just-Transition-Fonds als auch bei der GRW-Förderkulisse entscheidende Verbesserungen erreicht und im Ergebnis dem Rheinischen Revier so ermöglicht, direkte Unternehmensförderung vorzunehmen, wohingegen das Beihilferecht bei den Strukturmitteln dahingehend Grenzen setzt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung die Genehmigungsbehörden verstärkt und bereits zugesagt, dies zusätzlich zu forcieren.

Auch der Landesgesetzgeber hat mit der Experimentierklausel im Landesplanungsgesetz Verfahrenserleichterungen geschaffen, die zu Beschleunigung führen kann. Eine materiell-rechtliche Ausweitung der Experimentierklausel wurde geprüft und wäre wünschenswert gewesen, ließ sich jedoch aus unionsrechtlichen Gründen nicht im Landesrecht einführen. Ferner haben wir dafür gesorgt, dass den Transformationserfordernissen im Rheinischen Revier bei der Flächenausweisung Rechnung getragen wird.

Die neue Bundesregierung muss nun schnell die Voraussetzungen für die weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf Bundesebene schaffen. Dazu kann auch eine Sonderplanungs- und Sonderwirtschaftszone beitragen, wozu sich jedoch der Koalitionsvertrag zu unserem Bedauern ausschweigt.

Ein weiterer Aspekt, für den sich die Landesregierung bereits mit Nachdruck eingesetzt hat und der die Projektumsetzung vor Ort beschleunigen kann, ist ein Sondervermögen für den Strukturwandel. In der Vergangenheit hat das SPD-geführte Bundesfinanzministerium dieses Ansinnen stets blockiert. In der Praxis sind daher bereits Projektverzögerungen zu beobachten, da die erforderlichen Bundes-Haushaltsmittel nicht bereitgestellt wurden. Die NRW-Koalition wird an die neue Bundesregierung dieses Anliegen erneut eindringlich vortragen. Die Kofinanzierung von Strukturwandelmaßnahmen im Landeshaushalt ist jedoch adäquat abgebildet.

Viele dieser wichtigen Vorhaben für einen gelingenden Strukturwandel sind dem Appell des Kreistags des Rhein-Kreis-Neuss deckungsgleich. Die NRW-Koalition wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf Bundes- und Landesebene die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen gelingenden Strukturwandel ohne Brüche implementiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'B. D. H.', written in a cursive style.